



REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft  
und Verkehr

Pr.Zl. 5906/5-1-1984

II-2486 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

978 IAB

1985 -01- 09

zu 997 IJ

## ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage  
der Abg. Dr. Schranz und Genossen  
vom 9. November 1984, Nr. 997/J-  
NR/1984, "Postamt 1020 Wien"

Ihre Anfrage beehre ich mich, wie folgt zu beantworten:

Im Gebäudekomplex Weintraubengasse 22/Afrikanergasse 1, 1020 Wien, sind derzeit neben dem Postamt 1020 Wien auch das Wählamt "Afrikanergasse" und das Telegraphenbauamt 6 - dessen Verlegung in das Postzentrum Wien-Nord für das Jahr 1985 vorgesehen ist - untergebracht.

Bevor ich zu Ihren Fragen im einzelnen Stellung nehme, möchte ich anführen, daß beim Postamt 1020 Wien im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten bereits laufend räumliche Verbesserungen im Interesse der Kunden und Bediensteten durchgeführt wurden. So wurden unter anderem die Zustellabteilung erweitert, Fußböden, Aufzüge und Ausstattungsgegenstände wie z.B. die Aufgabeschalter erneuert, eine Warmwasserzentralheizungsanlage mit Fernwärmeversorgung eingebaut sowie die Fassaden instandgesetzt.

Zu Frage 1:

Durch die Einführung des digitalen Wählsystems im Wählamt "Afrikanergasse" sind größere Umbaumaßnahmen erforderlich. Diese werden zum Anlaß genommen, im Wege eines Gesamtumbaus auch die Postamtsräume neu zu gestalten. Die dafür notwendigen Konzepte und Planunterlagen werden zur Zeit ausgearbeitet.

- 2 -

Zu Frage 2:

Der Beginn der Arbeiten ist für das Jahr 1985 vorgesehen.

Zu Frage 3:

Beim derzeitigen Planungsstand kann im Hinblick auf den Umfang der erforderlichen baulichen Maßnahmen davon ausgegangen werden, daß die Arbeiten für das gesamte Projekt einen Zeitraum von etwa zwei-einhalb Jahren in Anspruch nehmen werden.

Zu Frage 4:

Nach den derzeitigen Schätzungen müssen die Kosten für das Gesamtvorhaben - Erweiterung bzw. Umbau des Postamtes 1020 und des Wahlamts "Afrikanergasse" - mit etwa 100 bis 120 Mio Schilling veranschlagt werden.

Wien, am 4. Jänner 1985

Der Bundesminister

